

03.06.19 – 07.06.19

**ALBTRAUM  
MIETE**



**Caren Lay, stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Bundestag:**

**Zur Miete wohnen darf kein Armutsrisiko sein!**

Ich unterstütze die Aktionswoche Schuldnerberatung, denn die Miete wird für immer mehr Menschen zum Albtraum. Immer mehr Haushalte müssen mehr als 50 Prozent ihrer Einkommen für das Wohnen ausgeben. Da bleibt nicht viel zum Leben übrig. Mietsteigerungen stoßen Familien mit geregelten normalen Einkommen in große finanzielle Probleme. Am stärksten betroffen sind Menschen mit geringen Einkommen, Rentnerinnen und Rentner. Immer mehr Menschen verschulden sich wegen den gestiegenen Wohnkosten. Die Bedrohung, die Wohnung zu verlieren und keine neue Wohnung zu finden schwebt über vielen Mieterinnen und Mietern. Wer einmal wohnungslos geworden ist, hat auf angespannten Wohnungsmärkten kaum eine Chance, eine neue Wohnung zu finden. Gerade Mietschulden als häufigste Ursache des Wohnungsverlusts sind dabei das größte Hindernis bei der Wohnungssuche. Nicht zuletzt die von der Bundesregierung akzeptierte und nur wenig regulierte Praxis, Bonitätsauskünfte durch die SCHUFA oder ähnliche Unternehmen als Kriterium bei der Entscheidung über Wohnungsvermietungen vorauszusetzen, trägt dazu bei. Wer eine Mietwohnung bewohnt sollte vor einer Mietenexplosion und einer Kündigung stärker geschützt werden als bisher.

Um den Mietenwahnsinn und die damit einhergehende Verschuldung zu stoppen, braucht es einen Mieterhöhungsstopp in bestehenden Mietverträgen. Für Mieterinnen und Mieter über 70 Jahren muss eine Kündigung ausgeschlossen werden. Es braucht einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Dafür fordert die LINKE ein öffentliches Wohnungsbauprogramm nach Wiener Vorbild. Solange nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, müssen das Wohngeld und die Kosten der Unterkunft angehoben werden. Niemand mehr als 30 Prozent ihres Haushaltseinkommens für die Miete ausgeben zu müssen.

Auf einem extrem angespannten Wohnungsmarkt muss sozialer Wohnungsbau, eine Begrenzung der Mieten und die Unterstützung von Haushalten, die ihre Miete nicht selbstständig aufbringen können, die Verschuldung von immer mehr Menschen mit geringen Einkommen, von Rentnerinnen und Rentnern verhindern.